Dr. Lothar Gassmann

DIE GRÜNEN –
was steckt *wirklich* dahinter?

Eine Enthüllung

Reihe zeitströmungen

JEREMIA 7 Verlag

Copyright:
Jeremia-Verlag GbR
Breite Str. 155
76135 Karlsruhe
0721 / 47 05 19 15
info@jeremia-verlag.com
www.jeremia-verlag.com
5. Auflage 2021
Satz: Lothar Gassmann
Fotos: Unsplash.com
Umschlaggestaltung: Peter Schütz, saved & sent design, Stutensee
Druck: Druckmaxx, Blekendorf
ISBN: 978-3-944834-39-9

Autor

Dr. Lothar Gassmann schrieb in seiner Jugend Flugblätter gegen Atomkraftwerke, ungesunde Lebensweise und Umweltzerstörung, die Massenauflagen erreichten. Er wurde dadurch einer der Wegbereiter der Grünen. Später distanzierte er sich von ihnen. Heute dient er als Christ Gott, und zwar als Prediger, Lehrer, Evangelist und Publizist.

Er schrieb inzwischen zahlreiche Bücher, Aufsätze und Lieder zu christlich-theologischen Themen. Seit 2009 ist er Mitarbeiter beim Christlichen Gemeinde-Dienst (CGD) und Schriftleiter der Vierteljahres-Zeitschrift "Der schmale Weg". Er ist Mitbegründer der freien Bibelgemeinde Pforzheim und des Jeremia-Verlags sowie Mitbegründer und 1. Vorsitzender der Lukas-Schriftenmission. Sein Motto lautet: "Ich weiß nichts als allein JESUS CHRISTUS, den Gekreuzigten" (1. Korinther 2,2).

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 7

A. Wurzeln und Geschichte der grünen Bewegung 10

1. Die Umweltschutz- und Bürgerinitiativen-Bewegung 10
2. Auf dem Weg zur grünen Partei 15
3. Die Öffnung für Kommunisten und Neomarxisten 24
4. Die Frauenbewegung 33
5. Die Homosexuellen-Bewegung 39
6. Die Friedensbewegung 43
7. Austritte und Spaltungen 50
8. Bündnis 90/Die Grünen 60

B. Die Philosophie der Grünen aus christlicher Sicht 67

1. Der christliche Maßstab 68
2. Berührungspunkte mit dem christlichen Glauben 70
   - 2.1 Verantwortung für die Natur 70
   - 2.2 Umfassender Tierschutz 72
   - 2.3 Schutz von Minderheiten 73
   - 2.4 Qualität vor Quantität 74
3. Unterschiede zum christlichen Glauben 76
   - 3.1 Der Glaube an die gute Natur des Menschen 76
   - 3.2 Naturmystik und Naturreligiosität 83
   - 3.3 Auflösung göttlicher Gebote und Schöpfungsordnungen 92

3.4 Exkurs: Geistesgeschichtliche Einordnung des Naturbildes der Grünen 103
4. Ergebnis 106
4.1 Die Grünen, die Bibel und Gott 106
4.2 Die Grünen und die Zehn Gebote 108
4.3 Das Gespräch mit den Grünen 111

C. Die christliche Alternative zur Philosophie der Grünen 114
1. Umweltschutz 114
1.1 Die weltlichen Antworten 115
1.2 Die christliche Antwort 116
1.3 Vergleich und Wertung 127
2. Innenweltschutz 131
3. Weltende und Hoffnung 134
4. Zusammenfassung: Christlicher Realismus 137

D. Neomarxistische Ideologie 139

E. Kommt die „Ökologische Religion“? 151
1. Von der Krise zur Wendezeit 151
2. Von der Ökologie zur Tiefenökologie 153
3. Von der Sozialökologie zum Relativismus 155
4. Von der spirituellen Ökologie zur Ökologischen Religion 157
5. Von der Ökologischen Religion zur Krise 161
6. Von der Krise zur wahren Wendezeit 163
7. Zusammenfassung 164

F. Die Grünen und der Konziliare Prozess im Zeichen von New Age. 166

G. Feindesliebe 181

H. Erfahrungen eines Umweltschützers mit den Grünen. Ein persönlicher Bericht 195

I. Fragen an einen Umweltschützer 217

Das schreibt Peter Hahne zu diesem Buch 229

Das schreibt Helmut Matthies zu diesem Buch 231

Literaturverzeichnis 232

Einleitung

Grün war die Hoffnung. Sie ist es für mich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr. Warum das so ist, möchte ich in diesem Buch begründen.

Zunächst zeichne ich die Wurzeln und Geschichte der grünen Bewegung von den siebziger Jahren bis in die neunziger Jahre nach. Einen besonderen Schwerpunkt lege ich auf die Anfänge, denn nur von daher lässt sich eine Bewegung angemessen verstehen.

Eine Grunderkenntnis, die sich dabei ergibt, lautet: *Die Grünen haben seit ihrer Gründung im Jahre 1980 manche äußeren Wandlungen durchgemacht, aber im innersten Kern ist ihre Weltanschauung die gleiche geblieben. Bei dieser Weltanschauung handelt es sich um eine Kombination von Neomarxismus und Naturmystik.*

Teil A gibt – als kurzer historischer Teil – einen Überblick darüber, wie sich in der Bundesrepublik Deutschland aus verschiedenen Ansätzen und Bewegungen die heutigen Grünen als Partei entwickelt haben. Aus Raumgründen musste ich mich dabei auf die prägenden Anfangsjahre beschränken.

Teil B stellt, insbesondere unter Bezug auf die Programme und das Buch „Philosophie der Grünen“ von Manon Maren-Grisebach (einer der ehemaligen Bundesvorsitzenden), die ideologischen Grundlagen der „Ökopartei“ dar und vergleicht sie mit den Positionen der Bibel und des christlichen Glaubens.

Darauf aufbauend, versucht Teil C, die christliche Alternative zur Ideologie der Grünen zu skizzieren.

In Teil D erfolgt eine kurze Darstellung und Kritik der neomarxistischen Ideologie, während sich die Teile E und F stärker mit den naturmystischen und (natur-)religiösen Elementen der grünen Bewegung befassen.

Teil G behandelt das für das Verständnis der Friedensbewegung wichtige Thema „Feindesliebe“.

Teil H ist ein persönlicher Erfahrungsbericht über meine Begegnungen mit Vertretern der Grünen.

In Teil I schließlich greife ich häufig gestellte Fragen im Zusammenhang mit den Themen „Ökologie“ und „grüne Bewegung“ auf.

In diesem Buch sind die früher getrennten Veröffentlichungen „Die Grünen – eine Alternative?“ und „ÖKO. Auf der Suche nach der heilen Welt“ zu einer Einheit zusammengeflossen.[1] Sie wurden grundlegend überarbeitet und aktualisiert sowie durch den Beitrag „Die Grünen und der Konziliare Prozess im Zeichen von New Age“ erweitert.

Bevor wir uns nun Teil A zuwenden, noch einige Klarstellungen vorab: Erstens, dieses Buch will keine Parteipolitik betreiben. Es geht in ihm nicht in erster Linie um die Grünen als politische Partei (Gruppe, Institution), sondern um ihre Weltanschauungen (Weltanschauungen, die es schon vor der Gründung der Grünen als Partei gab) und eine Kritik dieser Weltanschauungen aus christlicher Sicht. Die Auseinandersetzung geschieht auf philosophischer und theologischer Ebene. Der Verfasser schreibt dabei als jemand, der keiner politischen Partei angehört, jedoch seit Jahren ökologisch engagiert ist und die Entwicklung bei den Grünen mit persönlicher Betroffenheit verfolgt hat.[2]

[1] Bei ihrem erstmaligen Erscheinen in den achtziger Jahren hatten diese Bücher zusammen eine Auflage von 33.000 Exemplaren erreicht und zu regen Diskussionen in vielen Gemeinden beigetragen.

[2] Der Verfasser hat jahrelang (z. T. bis heute) in mehreren Umweltschutzverbänden mitgearbeitet, hat jahrelang selber die Grünen gewählt (!) und hat schon früh eine Fülle von Flugblättern, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln zu ökologischen Themen veröffentlicht. Davon seien genannt:

-Wachstum bis zur Katastrophe oder vernünftige Energiepolitik? (in *Reform-Rundschau* Nr. 6/1977; *Gefährten* Nr. 3/1977 u. ö.);

Zweitens – und das gilt besonders für Teil C – kann ein Buch dieses Umfangs keine Totalanalyse der gesamten ökologischen Problematik liefern. Es geht vielmehr darum, Grundlinien aufzuzeigen, zum Nachdenken anzuregen und Anstöße für weiterführende Gespräche zu geben.

Zu vielen der angesprochenen Einzelthemen liegen außerdem bereits ausführliche Veröffentlichungen (auch aus christlicher Sicht) vor, deren Inhalt hier nicht wiederholt werden soll. Auf solche weiterführende Literatur wird jeweils in den Anmerkungen und im Literaturverzeichnis verwiesen.

Drittens: „Christlich" wird in diesem Buch grundsätzlich im Sinne von „biblisch" verstanden. Die auf den folgenden Seiten gegebene Beurteilung der grünen Ideologie stützt sich ihrerseits nicht auf irgendwelche philosophischen oder kirchlichen Programme, sondern auf die in der Bibel gegebenen Offenbarungen Gottes. Anhand der Bibel möge der Leser auch die Aussagen dieses Buches prüfen und feststellen, ob sie berechtigt sind oder nicht.

Warum sind Kunstdünger und Pestizide gefährlich? (in: *Reform-Rundschau* Nr. 5/1977);

Ostereier aus der Fabrik? (in: *Lebensschutz-Informationen* April 1979; *Reform-Rundschau* Nr. 3/1980 u. ö.);

Müssen wir bei naturgemäßer Anbauweise verhungern? (in: *Reform-Rundschau* Nr. 11/1980);

Flugblätter zu den Themen: Atomkraftwerke („Wussten Sie schon?"; 1. Aufl. 1975; 14. Aufl. 1981); naturgemäßer Landbau („Wussten Sie schon?"; 1981); Massentierhaltung („Frühstückseier aus der Fabrik?"; 1982) u. a. (herausgegeben vom Arbeitskreis Umweltschutz – Naturheilverein Pforzheim und vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz).

A. Wurzeln und Geschichte der grünen Bewegung

Wie sind die Grünen als Bewegung und als Partei entstanden? Darum soll es in den nächsten Kapiteln gehen. Wir beschränken die Darstellung auf die Bundesrepublik Deutschland. Da aber die Entwicklung in anderen Ländern zum Teil ähnlich verlaufen ist, wird auch der nicht-bundesdeutsche Leser einen Gewinn von dieser Darstellung haben.

1. Die Umweltschutz- und Bürgerinitiativen-Bewegung

Wenn Bevölkerungszunahme, Wirtschaftswachstum und Umwelt-zerstörung weitergehen wie bisher, dann wird die Erde ein verwüsteter Planet. 40 Prozent der tropischen Regenwälder werden in den kommenden Jahrzehnten verschwunden sein. Sanddünen werden fruchtbares Acker- und Weideland ablösen. Über eine halbe Million Tier- und Pflanzenarten werden aussterben. Säureregen bedroht Wälder, Seen, Böden und Ernten. Kunstdünger und Pestizide machen das Grundwasser und die Kleinlebewelt des Bodens kaputt. Fluorkohlenwasserstoffe aus Spraydosen und von Überschallflügen zerstören die Ozonschicht der Atmosphäre.

Direkte Folgen sind Ernterückgang und Krebsanstieg. Der Hunger wird zunehmen. Mögliche Ernährung aus dem Meer wird wegen des Einkippens von Industrieabfällen unmöglich. Trinkwasser wird knapp, Konflikte der Anrainerstaaten der Flüsse werden die Folge sein. Abgase, Pestizide, Schwermetalle und … und … und … bedrohen Gesundheit und Erbanlagen des Menschen. Es gibt Klimaveränderung durch Umweltschäden. Radioaktive Verseuchung droht.

Das sind einige der Schreckensvisionen, die die Studie *Global 2000* zeichnet. Wohlbemerkt: für den Fall, dass alles so weiterläuft wie in den 70er Jahren. Die Studie *Global 2000* war 1977 vom damaligen US-Präsidenten Jimmy Carter in Auftrag gegeben und 1980 veröffentlicht worden.

Es handelte sich um die bisher umfangreichste und meistgelesene Veröffentlichung zur Umwelt-, Bevölkerungs- und Ernährungskrise. Die deutsche Ausgabe umfasste mit Anhang ca. 1600 Seiten und erreichte in der Bundesrepublik schon bis Dezember 1981 45 Auflagen mit einer Gesamtauflage von 450000 Exemplaren! Das Kapitel „Erkenntnisse und Schlussfolgerungen“ endet mit dem Appell: „Prompte und mutige Wandlungen in der Politik auf der ganzen Welt sind erforderlich, um diese Probleme zu umgehen oder zu reduzieren, bevor sie sich nicht mehr bewältigen lassen.“[3]

Viele Menschen hat diese Studie schockiert und aufgerüttelt – auch Menschen, die sich bisher mit dieser Problematik gar nicht oder nur am Rande beschäftigt hatten. Ein Grund hierfür lag wohl darin, dass viele diese Bedrohungen hautnah zu spüren begannen. Das Umweltbewusstsein war geschärft wie nie zuvor, und kein Politiker kam im Wahlkampf mehr um Fragen wie Waldsterben, Wasserreinhaltung usw. herum.

Weil aber viele Politiker allzu lange mit wirksamen Umweltschutz-Maßnahmen gewartet hatten, erschienen sie etlichen Bürgern unglaubwürdig. Den Gewinn davon hatten die Grünen. Sie galten weithin als die, die lebenswichtige Probleme endlich anpackten und sofortige Maßnahmen verlangten.

Die Grünen waren, wenn man so sagen will, in eine „Marktlücke“ im politischen Bereich gestoßen. Sie konnten bei Wahlen umso größere Erfolge erringen, je schlimmer die Umweltkrise wurde und je weniger die sogenannten etablierten Politiker dagegen ankämpften. Ihnen kam das Verdienst zu, die Fragen des Umweltschutzes und des Überlebens der Menschheit zu unüberhörbaren Themen in der politischen Landschaft gemacht zu haben – zu Themen, denen gegenüber bald kein Politiker sich mehr verschließen konnte.

[3] *Global 2000,* S. 32.

Aber dieses Verdienst kam nicht *allein* den Grünen zu. Das Umweltbewusstsein zahlreicher Bürger war viel älter als die Partei „Die Grünen", die es erst seit 1980 als solche gab (siehe A.3.). Auch wurden bei weitem nicht alle den Umweltschutzgedanken aufgeschlossenen Menschen Mitglieder oder Wähler der Grünen, wahrscheinlich sogar nur eine Minderheit davon. Viele, die sich „echte Umweltschützer" verstanden, hatten den Grünen bald wieder den Rücken gekehrt – aus Gründen, die wir noch darzulegen haben (siehe Kapitel A.7.). Die Grünen konnten also nicht beanspruchen, *die* Umweltschutz- und Ökologiebewegung[4] zu verkörpern, sondern bildeten nur einen Teil davon.

Andererseits war natürlich die Entstehung der Grünen ohne Umweltschutzbewegung kaum vorstellbar (allein schon vom Namen „Die Grünen" her, der ja auch Programm sein wollte). Deshalb möchten wir die *Entstehung dieser Umweltschutz-"Bewegung"* kurz skizzieren. Dabei bleibt zu beachten: Es handelte sich anfangs weniger um eine homogene „Bewegung" als vielmehr um einzelne aufrüttelnde Veröffentlichungen[5] und um einzelne, zunächst lose Zusammenschlüsse von Bürgern, die durch irgendwelche ökologisch nachteiligen Projekte betroffen waren.

Vielen ist die *Ölkrise* 1972/73 noch in Erinnerung. Damals wurde den meisten zum ersten Mal bewusst, dass wir auf einem begrenzten Planeten leben. Dann gingen seit 1974 die Auseinandersetzungen um das geplante *Atomkraftwerk Wyhl* monate-, ja jahrelang durch Rundfunk, Fernsehen

[4] Ökologie (von griech. *oikos* = Haus; *logos* = Lehre) ist die „Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Außenwelt" (E. Haeckel), „die Lehre von den miteinander verbundenen Gesetzmäßigkeiten der gesamten Natur oder der lebendigen Welt" (H. Gruhl, *Das irdische Gleichgewicht,* S. 46), also die Vorstellung, dass alles in der Natur zueinander in Beziehung steht (ähnlich wie die Familienmitglieder in einer Wohnung oder die Bewohner in einem Haus).

[5] Am einflussreichsten neben *Global 2000* dürften wohl die Bücher von G. Schwab (1958), R. Carson (1963), M. Nicholson (1970; dt. 1972), G. R. Taylor (1970; dt. 1971), D. Meadows (1972) und H. Gruhl (1975) gewesen sein.

und Presse. „Wyhl – ein Fanal", „Wyhl – der Anfang" – so waren damals Flugblätter, Bücher und Artikel in Umweltschutz-Zeitschriften überschrieben.[6] In der Tat kann man seit den Protesten und Zusammenschlüssen der Kaiserstühler Bürger vom eigentlichen Beginn der Bürgerinitiativen-Bewegung sprechen.

Einzelne Initiativen und Verbände gab es freilich schon vorher, z. B. den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), den Bund für Lebensschutz (BfL), den Deutschen Naturschutzring (DNR) und – auf internationaler Ebene – den Weltbund zum Schutze des Lebens (WSL; bereits 1960 gegründet von dem Österreicher Günter Schwab). Besonders der WSL lieferte der aufkeimenden Bewegung viele gedankliche Impulse,[7] gelangte aber wegen mancher, zum Teil unbegründeter Vorwürfe und Verleumdungen gegen ihn (er sei politisch „rechts" u. ä.) in der Bundesrepublik nicht zu größerer Wirkung.[8]

Stattdessen strömten seit Mitte der siebziger Jahre viele Bürgerinitiativen in den neu gegründeten und rasch wachsenden *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).* Er umfasste in den achtziger Jahren über 1000 Einzelgruppen mit zusammen über einer halben Million Mitgliedern. Der BBU verstand sich nicht als repräsentative Spitzenorganisation der Umweltschützer. Seine Kompetenzen waren aufgrund der dezentralen Organisation beschränkt. Seine Hauptaufgaben lagen in der

[6] So z. B.: H. H. Wüstenhagen, *Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang?*

[7] In seinem bereits 1958 (!) erschienenen Werk *Der Tanz mit dem Teufel* stellt Günter Schwab als einer der ersten die Bedrohung sämtlicher Lebensbereiche dar. Das Buch erreichte eine Gesamtauflage von einigen hunderttausend Exemplaren und wurde in mehrere Sprachen übersetzt.

[8] In Wirklichkeit fanden sich in ihm vor allem Naturschützer und Anhänger der Lebensreformbewegung („Reformhausbewegung") zusammen, die sich überwiegend der „bürgerlichen Mitte" zuordnen würden. Wahrscheinlich war der WSL organisatorisch zu unbeweglich, um den überall aufkeimenden Bürgerinitiativen eine Integrationsbasis zu bieten. Für manche war er wohl auch politisch nicht radikal genug.

Koordination und der Herstellung eines kontinuierlichen Informationsprozesses der Gruppen untereinander. Er konnte aber auch als Bürgerinitiative auf Bundesebene selbständig tätig werden und eigene Stellungnahmen abgeben.[9]

In frühen Forderungen des BBU nach Dezentralität, außerparlamentarischer Arbeit, Gewaltfreiheit und mehr Demokratie[10] finden wir Begriffe vorgeprägt, die uns bei den Grünen in ähnlicher Weise wieder begegneten, nun freilich mit zum Teil veränderten Inhalten (z. B. war der Begriff „Basisdemokratie" bei den Grünen eindeutig sozialistisch gefüllt, was beim BBU ursprünglich nicht der Fall war; vgl. Kapitel A.3.). Die Mitgliederinitiativen des BBU sahen sich als *„kritische Sympathisanten des Staates",* sie waren auf „eine Verbesserung und zeitgemäße Weiterentwicklung unserer repräsentativen Demokratie (mehr Bürgernähe; der Verfasser) ausgerichtet, nicht auf deren Abschaffung"[11] (ein grundlegender Unterschied zu Forderungen der späteren Grünen!).

Obwohl sich der BBU beispielsweise 1978 vorsichtig bei Wahlen für grüne Listen und grüne Kandidaten aussprach, musste sein damaliger Vorsitzender doch bereits feststellen:

„Dass auf diesen in Fahrt geratenen Zug (d. h. in Fahrt zu einer grünen Partei) auch solche Splittergruppen aufzuspringen versuchen, die sich seit Jahren vergeblich um die Gunst der Wähler bemühen, weil sie weder inhaltlich-programmatisch noch personell akzeptabel sind, war zu erwarten. Sie werden aber deshalb nicht über Nacht salonfähiger, weil sie plötzlich ihr Herz für den Umweltschutz entdeckt zu haben vorgeben."[12]

[9] Vgl. H. G. Schumacher, Verhältnis des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz zu den Umweltparteien, in: R. Brun, S. 66.

[10] A. a. O., S. 65 ff.

[11] A. a. O., S. 65 f. (Hervorhebung im Original).

[12] A. a. O., S. 69.

Solche Splittergruppen hatten inzwischen bei den Grünen tatsächlich bald ideologisch die Oberhand gewonnen.

2. Auf dem Weg zur grünen Partei

Der Weg zur grünen Partei verlief alles andere als geradlinig. Es muss von vornherein festgehalten werden: Keine andere Partei der Bundesrepublik verstand sich so wenig als Partei im herkömmlichen Sinn. Die Grünen sahen sich als „Antipartei-Partei" (P. Kelly), als Opposition gleichzeitig innerhalb wie außerhalb der Parlamente, wobei der außerparlamentarische Bereich (die sogenannte „Basis") das Fundament, das „Standbein" der Bewegung bildete.[13]

Zweitens umfasste keine andere Partei in der Bundesrepublik ein so breites Spektrum an verschiedenen Gruppen, Grüppchen und Meinungen wie die Grünen in ihrer Gründungszeit. (Inzwischen ist das Spektrum durch verschiedene Austritte schmaler geworden; vgl. Kapitel A.7.) Es können im Folgenden nur die Hauptströmungen aufgezeigt werden, die zur Entstehung der Partei „Die Grünen" führten.

Die Idee, eine neue Partei zu gründen, erwächst immer aus der *Unzufriedenheit mit den alten Parteien.* Stellvertretend für viele in der Bürgerinitiativen-Bewegung artikulierte 1978 der damalige Vorsitzende des BBU, Hans Günter Schumacher, die Unzufriedenheit über eine bürgerferne „Politik von oben":

[13] Es handelt sich um die sog. Standbein/Spielbein-Theorie: Die außerparlamentarischen Bewegungen bilden das Standbein, die parlamentarische Arbeit in Parteiformation bildet das Spielbein der Grünen. Entscheidend ist die außerparlamentarische „Basis", das Standbein. Die Durchsetzung grüner Interessen vollzieht sich somit grundlegend in außerparlamentarischer Arbeit und Opposition, zugleich aber auch im „langen Marsch durch die Institutionen" (Rudi Dutschke), z. B. in der Parlamentsarbeit. – Zum Ausdruck „Antipartei-Partei" siehe P. Kelly in: Mettke, S. 31.

„Der Verfassungsauftrag der Parteien, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, wurde verfälscht. Aus ›mitwirken‹ wurde in vielen Fällen Machtanspruch, politisches Monopoldenken. Die so häufig in den Vordergrund gestellte Bürgernähe entpuppte sich bei näherem Hinsehen als Bürgerferne, ja als Bevormundung des Bürgers durch eine übermächtige Funktionärsclique und Bürokratie."[14]

Dann zitiert Schumacher aus einem „alternativen Arbeitspapier" des BBU zur Energiepolitik, wo es heißt:

„Die Verantwortung für die politische Entwicklung in unserem Land obliegt den demokratischen Parteien. An sie ist die ernsthafte Frage gestellt, ob sie noch imstande sind, auch gegen massive wirtschaftliche Gruppen-Interessen die Lebens- und Überlebensbedingungen des ganzen Volkes und unserer Nachkommen durchzusetzen und zu gewährleisten. Nur dann erfüllen sie den von der Verfassung erteilten Auftrag. Sollten sie dazu jedoch nicht mehr in der Lage sein – und eine derartige Entwicklung scheint sich derzeit anzubahnen – werden sich die Bürgerinitiativen Umweltschutz zusammen mit den anderen Natur-, Umwelt- und Lebensschutzverbänden, die für dieses allgemeine Lebens- und Überlebensinteresse eintreten, andere Möglichkeiten der politischen Präsenz und Durchsetzbarkeit einfallen lassen. Es ist ein unerträglicher Zustand, dass nach den bereits gefallenen und noch zu erwartenden Entscheidungen der im Bundestag vertretenen Parteien die Meinung von vielen Millionen Bürgern in unseren Parlamenten nicht mehr

[14] H. G. Schumacher, a. a. O., S. 65.

repräsentiert ist. Im Bereich der Energiepolitik funktioniert unsere repräsentative Demokratie nicht mehr…" „Die Frage nach der Atomenergie stellt unsere Demokratie auf den Prüfstand. Sie ist die größte Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Nicht die Option auf die Atomenergie ist offenzuhalten, sondern die Möglichkeit, unsere Zukunft auch ohne Atomenergie gestalten zu können."[15]

Es wird deutlich, dass sich der Protest vieler Bürger zunächst an der Frage *Atomkraftwerke – ja oder nein?"* entzündete. Darauf aufbauend ging es zunächst um ein Ein-Punkt-Programm, freilich um einen sehr zentralen Punkt, nämlich um den Einsatz für das „Lebens- und Überlebensinteresse" der Menschheit. Weil die gewählten Volksvertreter in den Parlamenten dafür taub zu sein schienen oder taub waren, wuchs die Verbitterung vieler Bürger.

Aus dieser Verbitterung nährte sich auch die *wachsende Kritik an der bestehenden Staatsform der parlamentarischen Demokratie.* Die damaligen Parlamentarier trugen selber einen Großteil der Schuld daran, dass diese Kritik so lautstark geworden ist. Hätten sie rechtzeitig ihr Ohr ökologischen Belangen geöffnet, dann wäre es vielleicht nie zur Entstehung der grünen Partei gekommen. „Es hat also wahrlich nicht an Warnungen und Appellen an die Adresse der etablierten Parteien gefehlt"[16], schrieb Hans Günter Schumacher.

Nun aber rollte der grüne Zug unaufhaltsam an. Und was viele – auch in den Bürgerinitiativen selber – befürchtet hatten, geschah: Alle möglichen Splittergruppen – von extrem rechts[17] bis extrem links – versuchten,

[15] A.a.O., S. 67.

[16] A. a. O.

[17] Z. B. der rechtsradikale „Kampfbund deutscher Soldaten", Teile der NPD usw.

auf den fahrenden Zug aufzuspringen und ihre Ideologie innerhalb der grünen Bewegung zu verbreiten. Während die extremen Rechten – zumindest personell[18] – bald abgeschüttelt wurden, gelang es extrem linken Gruppen, sich festzusetzen und schließlich sogar die Oberhand in Programmkommissionen, Führungsgremien usw. zu gewinnen. *Die Grünen waren nicht mehr „grün", sondern „bunt" mit deutlicher Verschiebung nach „rot"* – zwar nicht in jedem einzelnen Ortsverband, aber weithin in der Bundes- und Landespolitik.

Um zu zeigen, wie es dazu kam, möchten wir das Gründungsmitglied der hessischen Grünen, den ehemaligen Frankfurter Stadtverordneten Milan Horacek, ausführlich zu Wort kommen lassen. Horacek war befreundet mit Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, führenden Vertretern der Neuen Linken und Leitfiguren der neomarxistisch geprägten 68er Studentenrevolte (Cohn-Bendit war zeitweise Vorstandsmitglied der hessischen Grünen!). Horacek schreibt:[19]

[18] … aber nicht ideologisch. Viele warfen den Grünen vor, „Nährboden für rechtsautoritäre Kräfte" zu sein (so SPD-Ministerpräsident Johannes Rau, in: J. Mettke, S. 179 ff.). Viele warfen ihnen vor, „rechtslastiges Gedankengut" zu verbreiten, etwa in Form ihres Kulturpessimismus (gegen die bestehende Kultur), ihrer Zivilisationskritik (gegen die bestehende Zivilisation), ihrer Verachtung der parlamentarischen Demokratie (gegen den bestehenden Staat), ihres – letztlich nationalistischen – Isolationismus (gegen die bestehenden Weltverbindungen). K. D. Bracher sah hier Parallelen zum Nationalsozialismus und bezeichnete die Weltanschauung der Grünen als „Links-Rechts-Ideologie" (die Extreme berühren sich!) (vgl. K. D. Bracher, *Zeit der Ideologien).* – Auch das (später „abgesägte") Bundesvorstandsmitglied der Grünen Rudolf Bahro (siehe Anm. 30) warf den Grünen „Parallelen zu den Nazis" vor. Bei seinem Abgang auf dem Bundesparteitag vom 7.-9. 12. 1984 in Hamburg sagte er: „(Grüne) Bewegung, Staat und Gesellschaft stehen sich heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazi-Partei" (dpa/AP-Meldung; zit. nach *Badische Neueste Nachrichten* vom 10. 12. 1984, S. 1).

[19] M. Horacek, Zwischen uns und den Etablierten liegen Welten, in: J. Mettke, S. 120-134 (daraus die Zitate; Fußnoten durch den Verfasser).

„Rudi Dutschke war überzeugt, dass nach den Erfahrungen der 70er Jahre mit den Gründungen aller möglichen marxistisch-leninistischen Parteien, die entweder maoistischer oder trotzkistischer Ausrichtung waren, sich diese bei ein bisschen kritischer Reflexion entweder auflösen oder doch zu anderen Formen der politischen Arbeit finden würden. Die Diskussionen um eine sozialistische Partei, die frei, unabhängig und undogmatisch sein sollte, wurden Ende 1975, Anfang 1976 geführt. Gleichzeitig fanden auch Treffen linker Sozialdemokraten und einiger Unabhängiger statt, aus denen sich jedoch nichts entwickelte. Parallel dazu und unter Ausschluss der Öffentlichkeit, auch der linken, entwickelte sich bei verschiedenen Formationen der Umwelt-, Natur- und Lebensschutzbewegung ein Gefühl, dass mehr in die politische Meinungsbildung eingegriffen werden sollte, als das damals bei Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Wirtschaftsverbänden der Fall war. Eine Rolle hat sicher auch die Aktions-gemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)[20] gespielt, die schon 1970 unter Führung von August Haußleiter zusammen mit der demokratischen Lebensschutz-Bewegung ein ›Manifest des Lebensschutzes‹ erarbeitet hatte, das später weiterentwickelt wurde.

[20] Die AUD, 1965 entstanden, forderte als national-neutralistische Wahlpartei den „schrittweisen Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland“. Sie öffnete sich in den 70er Jahren mit ihren Programmpunkten „Lebensschutz – Frieden – Bürgerrecht“ der Bürgerinitiativen-Bewegung und löste sich 1980 zugunsten der Bundespartei „Die Grünen“ organisatorisch auf (vgl. Olzog, S. 163 f.). Der neutralistische Isolationismus (und damit der Antiamerikanismus) ist ganz in die Partei „Die Grünen“ eingeflossen.

Schon 1974 verabschiedete die AUD ein Programm des ›ökologischen Sozialismus‹, und es gab Anfänge einer Zusammenarbeit zwischen den damals noch kleinen Bürgerinitiativen und den traditionellen Umweltverbänden.

[…]

Die Zusammenarbeit mit bundesdeutschen traditionellen Linken und Liberalen führte auch zu Begegnungen mit den Anthroposophen des Achberger Kreises, die in den Jahren 1973 bis 1978 Jahreskongresse und Seminare zu Fragen der Menschenrechte in Ost und West veranstalteten – auf der Suche nach dem ›Dritten Weg‹ zu einer Gesellschaftsform zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

[…]

In diesen Jahren habe ich mit Rudi Dutschke viele Veranstaltungen in der ganzen Bundesrepublik gemacht, die alle mit den Fragen der Menschenrechte, des Sozialismus in Ost und West zu tun hatten. Und immer wieder kamen Menschen auf uns zu und fragten: Wieso gründen wir keine Partei? Die Documenta 1977 in Kassel wurde von Joseph Beuys zur intensiven Seminararbeit genutzt: Jede Woche ein anderes Thema, von ›Arbeit – Arbeitslosigkeit‹ bis ›Atom – Anti-Atombewegung‹. Im Rahmen der Freien Internationalen Universität (F. I. U.) wurde auch das Thema ›Systemveränderungen in Ost und West‹ diskutiert. Es kam zu wichtigen Diskussionen, organisiert von Wilfried Heidt (Achberg) und Joseph Beuys, an denen auch Rudi Dutschke teilnahm. Im Herbst 1977 fand dann in Vlotho eine Sitzung statt, zu der sich verschiedene Vertreter von Organisationen und

Gruppen trafen, die Interesse an einer Koordinierung der Umweltschutzbewegung hatten: Haußleiter (AUD), Beuys (F.I.U.), Otto (GLU)[21], Heidt (Achberg), Haverbeck (WSL)[22], Flechtheim, Gruhl (damals noch CDU)[23] und einige andere. Wir sprachen damals darüber, dass etwa das Sozialistische Büro (SB) und andere Linke in der BRD der gesamten Problematik nicht blind gegenüberstanden. […]

Schon Anfang des Jahres 1977 verschickte ich an 200 Menschen in verschiedenen linken Kreisen und in der Öko-Bewegung ein Papier, um die ganze Problematik auf einen Nenner zu bringen und um so mit Hilfe einer ›ökologischen Liste‹ zu den Europawahlen anzutreten.

[21] GLU = Grüne Liste Umweltschutz: Strikt ökologisch orientierte, nichtsozialistische politische Vereinigung von Umweltschützern, die 1977 und 1978 in Niedersachsen und Hessen beachtliche Wahlerfolge verzeichnen konnten (die ersten Erfolge grüner Gruppierungen auf politischer Ebene!).

[22] WSL = Weltbund zum Schutze des Lebens (siehe oben).

[23] Herbert Gruhl, ehemaliger Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Umweltvorsorge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatte 1975 den Bestseller *Ein Planet wird geplündert* veröffentlicht. Aus „Protest gegen den umweltpolitischen Kurs" seiner Partei trat er im Juli 1978 aus der CDU aus und gab noch im gleichen Monat die Initiative zur Gründung der „Grünen Aktion Zukunft" (GAZ). Die GAZ vertrat eine „wertkonservative Haltung" und wollte jeden politischen Extremismus sowohl von links wie von rechts vermeiden. („Wertkonservativ" soll heißen „Werte erhaltend" und bedeutet in Bezug auf die Natur „bewahren, nicht plündern" und in Bezug auf den Staat „bewahren, nicht umstürzen", also Reform statt Revolution.) Die GAZ war die erste grüne Partei auf Bundesebene. Ihre (juristische) Nachfolgerin war die ÖDP (siehe unter Kapitel A.7.).

Der Grundgedanke war, dass es möglich sein müsste, undogmatische Linke mit Umweltschützern zusammenzubringen, ein Programm zu formulieren und eine Liste mit glaubwürdigen Menschen aufzustellen.

[…]

Im 1978 in Troisdorf gegründeten Koordinierungsausschuss saßen dann nebeneinander: H. Gruhl (CDU/GAZ), J. Scheer (KPD)[24], Haußleiter (AUD), Petra Kelly (SPD/BBU) und ich. Dieser Koordinierungs-Ausschuss konnte jedoch das gespaltene Auftreten der GAZ und GLH[25] bei den hessischen Landtagswahlen im Oktober 1978 nicht verhindern. In Hessen kam es zu sehr turbulenten Entwicklungen: Zuerst gründete sich mit Hilfe der niedersächsischen eine hessische GLU. Darauf erfolgte die Gründung der ›Grünen Liste Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW), in der ich Gründungsmitglied war. Leute aus den Anti-AKW[26]-Initiativen, SB, KB[27], KPD, undogmatische Linke und Spontis

[24] KPD = Kommunistische Partei Deutschlands; maoistisch orientiert; löste sich 1980 (= Gründungsjahr der Partei „Die Grünen"!) auf. (Die maoistische KPD darf nicht verwechselt werden mit der stalinistischen KPD/ML, die 1980 den frei gewordenen Namen KPD übernahm.)

[25] Grüne Lise Hessen; linksorientiert.

[26] AKW = Atomkraftwerk.

[27] KB = Kommunistischer Bund; maoistisch orientiert. Sein Gründer, Jürgen Reents, gelangte 1983 als Abgeordneter der Grünen in den Deutschen Bundestag. Der KB „fordert ganz offen, dass der Staat zerschlagen werden müsse, weil noch nie in der Geschichte der Weg zum Sozialismus durch eine parlamentarische Mehrheit ermöglicht wurde" (Olzog, S. 160).

waren beteiligt, KBW[28] und DKP[29] dagegen nicht. Insgesamt war es eine linke Liste mit einem sich entwickelnden ökologischen Grundgedanken.

[…]

Durch weitere Annäherung der unterschiedlichen Positionen zwischen den Vorsitzenden und Vertretern der verschiedenen Listen bzw. Parteien wurde ein gemeinsamer Kongress in Frankfurt-Sindlingen vorbereitet, auf dem die ›Sonstige politische Vereinigung (SPV) Die Grünen‹ gegründet wurde. Ein Vorstand mit drei gleichberechtigten Vorsitzenden (Gruhl/ GAZ; Haußleiter/AUD; Neddermeyer/GLU) wurde gewählt sowie ein Kurzprogramm und eine Kandidatenliste beschlossen. Neben AUD, GLU, GAZ und GLSH waren auch die F.I.U., die Achberger und Vertreter von Bürgerinitiativen beteiligt.

[…]

In Gesprächen nach der Europawahl mit den Bunten und Alternativen wurde festgestellt: Wenn wir zu den Bundestagswahlen antreten wollen, müssen wir ein großes Stück politisch programmatischer und organisatorischer Arbeit leisten. Ich arbeitete zu dieser Zeit in der Bundesgeschäftsstelle der ›SPV Die Grünen‹ zusammen mit Lukas Beckmann an der Vorbereitung des Offenbacher Kongresses von Grünen, Bunten und Alternativen Anfang November 1979. Willi Hoss, Rudolf

[28] KBW = Kommunistischer Bund Westdeutschlands; Zusammenschluss verschiedener kommunistischer „Sekten".

[29] DKP = Deutsche Kommunistische Partei; moskauorientiert.

Bahro[30], Rudi Dutschke und Lukas Beckmann haben an diesen Tagen in unserer Wohngemeinschaft übernachtet. Bahro schrieb seine letzten Bemerkungen zu der Rede ›Rot und Grün gehen gut zusammen‹ – für einen bundesrepublikanischen ›historischen Kompromiss‹. Danach waren im Grunde die Weichen zur Gründung einer Partei gestellt."

Soweit Milan Horacek.

3. Die Öffnung für Kommunisten und Neomarxisten

Gegen das Eindringen extrem linksorientierter alternativer und bunter Gruppen leisteten sogenannte wertkonservative Grüne (z. B. Herbert Gruhl) erbitterten Widerstand, konnten es aber nicht verhindern. Beim Gründungsparteitag der Grünen im Januar 1980 in Karlsruhe wurde mit knapper Mehrheit *die Doppelmitgliedschaft von Kommunisten zugelassen.* Nun fanden Kommunisten in der jungen Partei „Die Grünen" eine verdeckte Plattform und ein erfolgversprechendes Betätigungsfeld, vor allem maoistisch orientierte Gruppen, die sich zugunsten der Grünen zum Teil auflösten[31], und Neomarxisten, die mit ihrer Ideologie als Wegbereiter des Kommunismus zu sehen sind.[32]

[30] Aus der DDR ausgebürgerter sozialistischer Philosoph.

[31] Z. B. die KPD und Teile des KB. Hingegen wurde die „moskautreue" DKP wie überhaupt der „real existierende Sozialismus" von den meisten Grünen mit Misstrauen betrachtet.

[32] Zur Darstellung und Kritik des *Neomarxismus* siehe Teil D. – Der Begriff *„Kommunisten"* umfasst hier alle Personen und Gruppen, die der marxistisch-atheistischen Ideologie anhängen (wobei die weitere Ausprägung des Marxismus zum Leninismus, Stalinismus, Trotzkismus, Maoismus usw. für unsere Darstellung von zweitrangiger Bedeutung ist). – Bezüglich des Verhältnisses von *Sozialismus* und Christentum zitieren wir folgende Unterscheidung von G. Bergmann: „In